

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:00 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsfrau Elfriede Meyer

CDU

Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Holger Klaassen

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Frau Regina Meinen
Herr Norbert Haarmeyer
Frau Marion Oelrichs-Brinkmann

Stimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90 / Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

Beratende Mitglieder

Herr Christoph Jebens
Herr Walter Saathoff
Frau Ingrid von Schwartzenberg
Herr Tom Sprengelmeyer
Frau Elfriede Wilts

Von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz
Stadtamtsrat Richard Lücht
Stadtoberamtsrat Dieter Mansholt
Stadtamtsfrau Beate Stomberg
Fachbereichsleiterin Heidemarie Kohnen
Stadtangestellte Minette Wessels

- Protokollführerin –

Als Gäste

2 Vertreter der Presse
2 Zuhörer

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung, begrüßt die Presse, die Zuhörer, die Gäste und Ausschussmitglieder. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Bei dem Fachbereichsleiter Herrn Walter Saathoff, für den am 23. Feb. '04 die Aktivphase seines Vorruhestandes beginnt, und der heute letztmalig an einer Jugendhilfeausschusssitzung teilnimmt, bedankt sie sich im besonderen für die sehr gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Frau Grix begrüßt Herrn Richard Lücht, der zum kommissarischen Fachbereichsleiter berufen worden ist.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Gegen die Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003 werden keine Einwände erhoben.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.10.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: Einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Frau Grix ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen. Es werden keine Beiträge angemeldet.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/875-00
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004
und
Vorlage 14/877-00
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007

Beide Tagesordnungspunkte werden gemeinsam behandelt.

Frau Grix bittet zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Lutz vorzutragen.

Herr Lutz erklärt den Ausschussmitgliedern, dass den Ratsmitgliedern ein komplettes Haushaltsbuch, den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses dies aber nur in verkürzter Form, die Jugendhilfe betreffend, vorläge. Aus dem Gesamthaushalt sei ersichtlich, dass er auf dem Papier ausgeglichen sei. Im Jahr 2003 habe man mit Einnahmen in Höhe von 25.565.000,--€ kalkulieren können. Im Jahr 2004 habe man durch die voraussichtlich viel geringeren Einnahmen aus der Gewerbesteuer mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von 20.100.000,-- € kalkuliert. Somit fehlen abgerundet ca. 5 Mio Euro.

Einsparungen im Personalbereich seien bereits in fast allen Bereichen durchgeführt worden, so dass kein weiterer Stellenabbau möglich sei, wenn man die zu erbringenden Leistungen der Stadt Emden nicht gefährden wolle.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

Leichte Steigerungen habe es im Personalbereich nur in den Fachbereichen 500 (Grundversicherung und dadurch bedingt andere Wohngeldberechnungen) gegeben. Trotz dieser Mehrbelastungen der Kommunen mit dieser Aufgabe habe sich der Kommunale Finanzhaushalt nicht erhöht.

Zudem sei der Personalbereich im FB 600 durch die Verlagerung von 3 Personen aus der Spielplatzunterhaltung des BEE in den Fachdienst Jugendförderung erhöht worden. Man habe sich aber sehr bemüht, die Personalkosten der Stadt konstant zu halten.

Die erhöhten Kosten im Sozialbereich sollen durch gezielte Minderausgaben aufgefangen werden, indem man versuche, über die AAGE mehr Menschen in Arbeit zu vermitteln.

Ferner habe man in diesem Haushalt mit Ausgaben von 16,75 Mio € an Zinsen und Tilgung zu rechnen. Diese Beträge würden weiter steigen, da man rd. 4 Mio € neu aufnehmen müsse, um allen Verbindlichkeiten nachkommen zu können.

Für den investiven Bereich seien die vorrangigen Ziele:

- 1) Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und auf 6 % zu drücken, sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- 2) Den Innenstadtbereich aufzuwerten. Hierzu sei es auch erforderlich, das Angebot im Kunstbereich attraktiver zu gestalten (Museumsumbau).
- 3) Für Kinder und Jugendliche mehr zu tun und in Maßnahmen zu investieren. So habe seien drei Grundschulen neu gebaut, die in den nächsten Jahren abbezahlt werden müssen, auch solle in bessere Ausstattungen der Schulen investiert werden.

Der Sozialbereich habe einiges an Mitteln abgegeben. Auch seien hier noch einige Risiken (Krankenhaus) verborgen, wobei der Haushalt für den Fachbereich Jugend, Schule und Sport konstant geblieben sei. Man habe zwei schwierige Jahre durchzustehen und rechne ab dem Jahre 2006 wieder mit höheren Einnahmen.

Herr Saathoff führt aus, dass man sich bei der Förderung der Kinder und Jugendlichen zwar große Ziele gesetzt habe, diese bisher aber, aufgrund fehlender Ressourcen, habe nicht umsetzen können.

Vor diesem Hintergrund sei eine Revidierung der Ziele vorzunehmen.

So seien beispielsweise für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit keine entsprechenden Mittel bereit gestellt worden.

Ferner stellt Herr Saathoff anhand einer Folie die Ausgaben des Jahres 2003 und des Jahres 2004 gegenüber.

Er äußert seine Sorge über die Kostenzunahme im Bereich der Hilfe zur Erziehung, da die Ansätze bei weitem nicht ausreichen würden und er mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1 Mio € für 2004 rechne.

Zudem seien die Kosten zur Reduzierung der Kinderarmut und der Beteiligung von Kindern überhaupt nicht berücksichtigt worden. Zusätzlich bräuchte man für die Übernahme dieser Aufgaben zusätzliche Personalressourcen.

Zum Investitionshaushalt gebe er zu bedenken, dass es noch zwei wichtige Ergänzungen geben müsse:

Der Haushaltsansatz zur Erstausrüstung des Bunker in der Geibelstraße sehe 100.000,-- € vor. Hier sei aber ein Betrag von 180.000,-- € dringendst erforderlich. Er mache hier den Vorschlag die benötigten 80.000,-- € im Haushalt 2005 zur Verfügung zu stellen.

Ferner habe die Markuskirchengemeinde einen Antrag auf Erweiterung des Kindergartens Jahnstraße gestellt. Die Kirche rechne mit einem Investitionsaufkommen in Höhe von 200.000 bis 240.000,-- Euro, wovon die Stadt 50% bezuschussen solle.

Bisher seien dafür keine Mittel vorgesehen. Er rege an, mit der Kirchengemeinde Verhandlungen aufzunehmen und ihr vorzuschlagen, den Gesamtbetrag vorzustrecken, so dass die Stadt ihren Anteil mit jährlichen 10.000,-- € abtragen könne.

Frau Meyer sagt, dass sie diese Anregungen in die am Wochenende anstehenden Haushaltsberatungen ihrer Fraktion einbringen werde. Sie sei aber über die Höhe der fehlenden Mittel bei der Hilfe zur Erziehung erstaunt und möchte wissen, wie man gedenke, diese Summe einzusparen.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

Herr Saathoff erwidert, dass dieser knapp bemessene Haushalt immer ein finanzielles Risiko in sich berge und alles versucht werde, dieses Risiko zu minimieren. So hoffe man, durch gezielte Unterstützung der Familien mehr Kinder in den Familien belassen zu können. Er glaube aber nicht, dass dadurch eine Million eingespart werden könne.

Herr Groeneveld spricht das Thema Kinderarmut an und erläutert, dass die FDP- und die CDU-Fraktion je eine Klasse sponsern werde und stellt den Antrag, die Stadt Emden solle für 20 Klassen die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Herr Renken gibt zu bedenken, dass es momentan noch nicht abzuschätzen sei, wie viele Klassen sich im Endeffekt beteiligen würden. Zudem sei damit zu rechnen, dass sich die Kinderarmut im Zuge der neuen Gesetzgebung drastisch (Arbeitslosengeld 2) von 1 Mio auf 1,5 Mio erhöhen würde. Ihn interessiere vor allem, welche Ziele damit gesetzt und welche erreicht würden. Hier fehlen ihm konkrete Zahlen (z. B. Schulverweigerer, Schulabbrecher). Durch fehlende Haushaltsmittel hier Ziele zu reduzieren, stehe dem Ziel von einer kinderfreundlicheren Stadt und einem Kinderforum entgegen. Zudem frage er an, was eigentlich die Jugendhilfeplanung mache. Auf einem Seminar in Marburg sei durch das Setzen von Prioritäten gut erläutert worden, wie man zu einer Zielerreichung komme. Ferner frage er an, was aus dem Ankauf des Spielplatzes an der Graf-Edzard-Straße geworden sei und ob aus dem Spielplatzbereich aus dem vergangenen Haushalt noch Restmittel vorhanden seien.

Herr Sprengelmeyer antwortet, dass die Stadt in Bezug auf den Ankauf des Spielplatzes noch mit der Kirche in Verhandlungen stehe. Es sei ein Angebot unterbreitet worden. Zu dem Thema Investitionen Spielplätze erläutert er anhand einer Folie, dass im vergangenen Jahr 20 Maßnahmen geplant waren und der größte Teil davon fertig gestellt sei, trotz der schwierigen Personalsituation und des krankheitsbedingten längeren Ausfalls von Herrn Berends.

Herr Saathoff fährt fort, dass die Jugendhilfeplanung mit einer Vollzeitstelle von Herrn Meister bearbeitet worden sei, mit seinem Ausscheiden sei diese Aufgabe dem Sozialplaner Josef Engels mit übertragen worden. Da Herr Engels seit über einem Jahr krankheitsbedingt ausfalle, sei das Ziel, eine Arbeitsgruppe zu bilden, nicht weiter verfolgt worden. Einen personellen Ersatz einzusetzen sei aber auf diesem Gebiet wenig sinnvoll.

Herr Klaassen bedankt sich für die Vorschläge, die bisher zum Haushalt gemacht wurden und wird diese mit in die Diskussionen seiner Fraktion einbringen. Ihm sei aber der aufgestellte Finanzierungsplan für den Bunker Geibelstraße nicht klar.

Herr Saathoff erwidert, dass ein Bausachverständiger 248.000,- € für die Erstausrüstung veranschlagt habe. Auf dem Hintergrund der knappen Finanzen sei der Ansatz auf 180.000,- € reduziert worden. In den Haushalt 2004 seien allerdings nur 100.000,- € eingestellt worden, so dass weitere 80.000,- € im Jahr 2005 zu berücksichtigen seien.

Herr Mecklenburg sagt, dass im Zuge der „Klasse 2000“ der Lions Club die Initiative ergriffen habe und eine Schulklasse sponsern werde. Er halte es zudem für besser, wenn sich die Schulen ihre Sponsoren selber suchen würden. Hierdurch sei auch eine bessere Begleitung gewährleistet. Er wisse, dass in vielen Schulen das Projekt angelaufen sei. Zum Thema Kinderarmut hätte er auch lieber einen Haushaltstitel. Er frage die Verwaltung, ob sie ihm zustimmen würde, dass mit interessanten Beschäftigungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Mütter die Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung beträchtlich gesenkt werden könnten.

Herr Grix stellt fest, die Ausführungen seiner Vorredner hätten deutlich gemacht, dass immer viel und gerne diskutiert werde, es aber letztendlich an der Bereitstellung der benötigten Finanz- und Personalressourcen scheitere. Der Rat beschließe, diese Aufgaben wahr zu neh-

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

men, beschließe aber nicht gleichzeitig, die hierfür benötigten Mittel bereit zu stellen. Um die Kinderarmut dieser Stadt zu bekämpfen, könne man einen Workshop durchführen, er stelle dann aber auch die Forderung an Herrn Lutz die entsprechenden Mittel bereitzustellen, um die Zukunft der Kinder dieser Stadt zufriedenstellend zu sichern.

Herr Renken bekundet, dass ein Haushaltstitel „Kinderarmut“ wünschenswert sei. Er frage aber an, ob es schon eine Projektbeschreibung gäbe und dem Ausschuss vorgelegt werden könne. Er stelle außerdem fest, dass die Ausschüsse eigentlich gar nichts mehr beschließen könnten, da sowieso keine Mittel mehr vorhanden seien. Zukunftsinvestitionen seien aber sinnvoll, um den weiter steigenden Kosten in der Zukunft entgegen zu wirken, und diese möglichst zu senken und gering zu halten. Nur auch hier sei es wichtig Prioritäten zu setzen.

Herr Lutz stellt fest, dass der Rat der Stadt den Haushalt über den Eckwertebeschluss so beschlossen habe. Zudem seien andere Zukunftsinvestitionen auf der Strecke geblieben, da man in den Bunker Geibelstraße investiert habe. Zu den veranschlagten 100.000,- € im Haushalt, komme auch noch der Posten von 48.900,- € für die Beleuchtung, die in dieser Summe nicht enthalten sei, hinzu.

Zum Thema Kinderarmut empfehle er, zunächst ein Konzept zu entwickeln, um zu prüfen, wie mehrere Dinge untereinander zu vernetzen und zu verzahnen seien.

Zur „Klasse 2000“ finde er den Vorschlag, dass Schulen sich ihre eigenen Sponsoren suchen, ganz ausgezeichnet.

Zum Thema Wiederbesetzung von Stellen, mache er darauf aufmerksam, dass es auch in den Vorjahren nicht anders gehandhabt worden sei, dass durch das Ausschreibe- und Auswahlverfahren eine Stelle in der Regel für die Dauer von 6 Monaten nicht besetzt worden wäre. Jetzt habe man dies nur zur Regel erklärt. Vergessen habe er noch zu sagen, dass im Budget des Fachdienstes 651.3 noch Zuschussmittel in Höhe von 100.000,- € für die LOS-Projekte im Rahmen der Sozialen Stadt Barenburg zu berücksichtigen seien. Diese Mittel seien erst nach der Aufstellung des Haushalts bewilligt worden.

Herr Saathoff merkt an, er glaube, wenn Mütter zunehmend in Arbeit gebracht werden würden, dies wohl die Kosten bei der Sozialhilfe, nicht aber bei der Hilfe zur Erziehung verringern würde, denn er könne nicht sagen, dass alleinerziehende Mütter überproportional bei der Hilfe zur Erziehung vertreten seien.

In Bezug auf das Thema Kinderarmut und der Umsetzung des Gesundheitsberichtes habe die Arbeitsgruppe ein finanzielles Problem, da es keinen Haushaltsansatz hierfür gäbe. Auch zur Schulung der Mitarbeiter/innen in den Kindertageseinrichtungen sei für die gezielte Sprachförderung ein Haushaltsansatz zu bilden.

Herr Sprengelmeyer führt aus, dass bei den Einrichtungskosten des Bunkers Geibelstraße nur das Nötigste und Sinnvollste geplant worden wäre. Man sei Posten für Posten durchgegangen und habe dadurch ca. 60.000,- € gespart. Der Bunker werde Seminarräume, Büroräume, Werkstätten und einen Veranstaltungsraum enthalten. Außerdem sei eine professionelle Küche geplant, in der z. B. auch Kochkurse durchgeführt oder Speisen öffentlich angeboten werden könnten, und die dementsprechenden Auflagen des Veterinäramtes seien zu berücksichtigen.

Die 180.000,- € seien das Minimum, wobei darin die Beleuchtungskosten nicht enthalten seien. So seien auch alle Bezuschussungen ausgenutzt worden, z. B. zur Anschaffung der Stühle im V-Raum.

Zur Prioritätensetzung merke er an, dass dies nur in Abstimmung mit dem JHA zu erarbeiten sei. In diesem Sinn sei er von Herrn Saathoff beauftragt worden, ein Seminar zur Zielbestimmung für den Jugendhilfeausschuss vorzubereiten.

Er mache allerdings noch einmal aufmerksam, dass enorme Aufgabenzuwächse auf seinen Fachdienst zugekommen seien, deren Umsetzung mit dem vorhandenen Personalansatz nicht zu schaffen sei. Selbst eine interne Organisationsüberprüfung habe ergeben, dass eine Stelle fehle.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

Frau Meyer wundert sich, dass Seminarräume und eine Küche für Erwachsene im Bunker aus dem Haushalt der Jugendförderung gezahlt werden. Ferner möchte Sie wissen, was das Konzept des Jugendcontainers für Port Arthur / Transvaal mache.

Herr Klaassen gibt zu bedenken, dass das Thema Kinderarmut doch zu komplex und neu sei, um es hier im Rahmen der Haushaltsbesprechungen ausdiskutieren zu können. Er regt an, dieses auf einer späteren Sitzung und anhand eines ersten Konzeptentwurfs zu tun. Ferner stelle er fest, dass man zur Befragung von Kindern und Jugendlichen mindestens eine Personalstelle benötige.

Frau von Schwartzberg sagt zum Thema Klasse 2000, dass es bereits eine Arbeitsgruppe hierfür gäbe, die aus Frau Bungenstock, Herrn Santjer und ihr selbst bestehe. Man habe zuerst an den Schulen für dieses Projekt geworben. Mehrere Schulen hätten sich bereits gemeldet, einige Schulen seien auch direkt an den Lions Club herangetreten. Dieser habe allerdings noch nicht fest zugesagt. Zudem würde der Lions Club eine Klasse immer nur für ein Jahr fördern. Danach hätten die Klassen für ihre Weiterförderung selbst zu sorgen. Ein Ziel der Arbeitsgruppe sei es, darauf hin zu arbeiten, dass die Eltern einen kleinen Anteil selbst aufbringen.

Herr Groeneveld bemerkt, dass es die Idee seiner Fraktion gewesen sei, die Sache anzuschieben. Es werde ein Betrag von 260,- € pro Klasse und Jahr benötigt. Ferner bittet er, dass die Liste über die Investitionen der Spielplätze an das Protokoll gehängt werde. Dies wird von Herrn Sprengelmeyer zugesichert. (Siehe Anlage 1)

Herr Renken fragt nach der Finanzierung der Folgekosten für den Bunker Geibelstraße. Da die Federführung zur Zeit bei der Jugendförderung liege, ob dann auch die Kosten aus diesem Haushalt gezahlt werden müssten. Zudem wisse er, dass es eine Förderung für Mehrgenerationenhäuser gäbe, hier möchte er über den Stand der Dinge informiert werden.

Herr Lutz bedankt sich zuerst bei Frau von Schwartzberg für den ausführlichen Bericht zum Stand der „Klasse 2000“. Folgekosten für den Bunker Geibelstraße werden laut Haushaltsplan unter Gemeinwesenarbeit veranschlagt.

Herr Sprengelmeyer antwortet, der Bunker sei im Produkt Gemeinwesenarbeit angesiedelt, dass von der Jugendförderung bearbeitet werden würde. Zum Jugendcontainer Transvaal erklärt er, dass der Betrag von 15.000,- € weiterhin zur Verfügung stehe. Es habe bereits mehrere Treffen u. a. auch mit dem Schulleiter Herrn Glasbasnia gegeben. Diese Angelegenheit werde weiter verfolgt, man habe jedoch auch die Entscheidung über die Zukunft der Schule erst einmal abwarten wollen.

Herr Mecklenburg fügt hinzu, dass man bei den Planungen jetzt erst einmal zurückhaltend sein sollte, da durch die neue Schulreform auch eventuell an einigen Schulen leerstehende Klasserräume für diese Zwecke hergerichtet werden könnten.

Ergebnis: Die Beschlussvorlagen wurden an die Ausschüsse zurück verwiesen.

Punkt : 6 Vorlage 14/877-00
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007
und
Vorlage 14/875-00
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

Beide Tagesordnungspunkte werden gemeinsam behandelt.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 7 Vorlage 14/1005-00
Maßnahmen und Möglichkeiten zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder
- Antrag der FDP-Fraktion vom 27.12.2003 -

Herr Klaassen erläutert den Antrag seiner Fraktion und fragt an, ob es einen Prospekt gäbe, indem alle Beratungsstellen aufgelistet sind, damit sich die MitarbeiterInnen an Schulen und Kindergärten bei Bedarf daran orientieren können.

Herr Saathoff entgegnet, dass das Frauenhaus die im Antrag erwähnte Sichtweise nicht bestätigt habe. Die Verwaltung habe hierauf ja auch bereits Stellung genommen und einige Institutionen aufgelistet. Zudem sei hier noch der Kinderschutzbund zu nennen, der sich auf diesem Gebiet sehr engagiere. Alle Institutionen würden auch präventiv arbeiten und böten zudem Beratung an.

Außerdem gäbe es einen Arbeitskreis „Gewalt gegen Frauen und Kinder“, dem die Frauenbeauftragte der Stadt, Frau Fekken, angehöre. Natürlich sei man aber auch auf Hinweise aus der Bevölkerung, den Schulen und Kindergärten angewiesen. Maßnahmen gegen gewalttätige Eltern könnten jedoch vom Jugendamt nicht getroffen werden, da dies allein Sache des Amtsgerichtes sei.

Frau von Schwartzberg sagt, dass nach ihrer Einschätzung die ErzieherInnen in Kindergärten sehr gut wüssten, was bei Verdacht auf Misshandlungen zu tun sei.

Herr Grix stellt fest, dass er immer alle Berichte aus dem Frauenhaus vorgelegt bekäme und daraus für ihn nicht ersichtlich sei, dass bei den KindergärtnerInnen ein Mangel an Wissen auf diesem Gebiet vorläge. Er frage sich allerdings, wohin sich ein 6jähriges Kind wenden solle, wenn dem neuen Gesetz der Beratungsmöglichkeit Folge zu leisten sei. Aus seiner Erfahrung gäben alle KindergärtnerInnen einen begründeten Verdacht auf Misshandlung an ihre Träger weiter und jeder Träger würde diese Dinge sehr ernst nehmen.

Frau Kohnen weist darauf hin, dass es eine sehr gute Broschüre zu diesem Thema vom Landesverband Niedersachsen des Kinderschutzbundes gäbe. Sie selber habe in ihrem Amt drei Verfahren zu bearbeiten gehabt, wobei es gelungen sei, durch konkrete Hilfestellung die Kinder in der Familie belassen zu können.

Frau von Schwartzberg weist darauf hin, dass mit dem § 1666a BGB die Entscheidungskompetenz in das Ermessen der Richter gestellt worden sei und sich nicht auf das Jugendamt beziehe. Jugendhilfe und Justiz würden hier allerdings zusammenarbeiten.

Punkt : 8 Vorlage 14/1006-00
Antrag der FDP-Fraktion bezüglich der Kinderarmut in Emden

Herr Klaassen stellt den Antrag der Fraktion noch einmal vor und fragt zudem, ob es auch angedacht sei, mit Vereinen und Verbänden zusätzlich auf diesem Bereich in Kontakt zu treten. Außerdem möchte er wissen, wann erste konkrete Handlungsansätze zu erwarten seien.

Frau Meyer möchte noch heute über den zusätzlich an die Ausschussmitglieder verteilten Antrag der SPD abstimmen lassen.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

Herr Renken gibt zu bedenken, dass der Antrag nicht fristgerecht eingereicht wurde und daher darüber heute nicht abgestimmt werden dürfe.

Herr Saathoff bestätigt diese Aussage. Zudem weise er darauf hin, dass die Verwaltung rechtlich nicht beauftragt werden könne.

Herr Lutz fährt fort, dass dies sicherlich ein Formulierungsfehler sei. Man werde den Antrag an die SPD-Fraktion zurückgeben, mit der Bitte um Prüfung, inwieweit hier ein Workshop eingerichtet werden kann. Man hoffe aber nach den Sommerferien Grobüberlegungen vorlegen zu können.

Herr Saathoff gibt bekannt, dass sich bereits 2 Arbeitsgruppen mit diesem Thema befassen. Eine Gruppe würde sich intensiv mit dem Arbeitsauftrag der Verwaltung befassen und man hoffe noch vor den Sommerferien zu ersten Ergebnissen zu kommen.

Herrn Klaassen würde es freuen, erste Ergebnisse vor den Sommerferien zu bekommen, damit diese dann in die Beratungen für den Haushalt 2005 einfließen könnten.

Herr Sprengelmeyer gibt zu bedenken, dass die Haushaltsberatungen 2005 erfahrungsgemäß bereits im Mai beginnen und erklärt, dass eine Arbeitsgruppe zur Zeit prüfe, wie bestehende Strukturen für diese Arbeit genutzt werden können.

Punkt : 9 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Herr Sprengelmeyer gibt hierzu bekannt, dass das LOS-Programm bereits vorgestellt sei. Als Termin für das Richtfest Bunker Geibelstraße stehe der 20. Februar 2004, ab 11 Uhr fest.

Ferner könne die Arbeitsgruppe Konsens, die vermittelnd tätig sei, zur Zeit nicht arbeiten, da der Architekt längerfristig erkrankt sei.

Punkt : 10 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Punkte vor.

Punkt : 11 Anfragen

Herr Mecklenburg hätte gerne einen Sachstandsbericht über den Hauskauf in Sachen Jugendtreff Wybelsum.

Herr Sprengelmeyer erwidert, das Haus sei verkauft, der Kaufpreis jedoch nicht für die Schaffung eines Jugendtreffs in Wybelsum zur Verfügung gestellt worden. Das Projekt sei auch im Rahmen der Dorferneuerung vorgestellt und kurzzeitig bearbeitet, dann jedoch nicht weiter verfolgt worden.

Erst bei der Sitzung des modellhaften Schüler-Jugendhilfeausschusses am Tag der offenen Tür der Verwaltung sei der Jugendtreff wieder thematisiert worden.

Herr Mecklenburg wirft ein, dass man ja wohl nicht auf Schulklassen warten könne, die zufällig hier im Hause seien. Die Verwaltung habe vorgearbeitet, aber das Geld sei dann nicht zur Verfügung gestellt worden.

Herr Renken warnt davor, jetzt unüberlegt Geld auszugeben, sondern empfiehlt, erst die Überprüfung der leerstehenden Räume an den Schulen abzuwarten. Er möchte allerdings

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.01.2004

wissen, ob es im Zuge der Jugendhilfeplanung möglich sei, Mitarbeiter der Stadt Hamm einzuladen, die dort ein sehr gutes Konzept erstellt hätten.

Herr Sprengelmeyer begrüßt diesen Vorschlag und ist gerne dazu bereit.

Herr Vollbrecht möchte wissen, ob man nicht die Kellerräume unter dem Kindergarten Wybelsum für einen Jugendtreff nutzen könne.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, dass dies ein älteres Konzept sei und baulich nicht realisiert werden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Frau Grix bei allen Anwesenden für die Teilnahme und schließt die öffentliche Sitzung um 19.00 Uhr.